

Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am
10.02.2009

Tagungsort: Nowgorod Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 19:55 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Gemkow
Frau Kammeier
Herr Langeworth (bis 19.10 Uhr)
Frau Osthus (ab 17.10 Uhr)
Herr Dr. Zillies

SPD

Herr Donath
Herr Garbrecht (ab 17.15 Uhr)
Frau Schneider (bis 19.30 Uhr)
Frau Pohlreich
Herr Weber (bis 19.05 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Ober
Frau Rathsmann-Kronshage Vorsitzende

BfB

Frau Cascante-Maristany

Die Linke

Frau Niemeyer (ab 17.35 Uhr)

Beratende Mitglieder

Herr Heuer Beirat für Behindertenfragen (ab 17.55 Uhr)
Frau Huber Seniorenrat
Herr Winkelmann Beirat für Behindertenfragen (bis 17.55 Uhr)

Gäste

Herr Adams AGW

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler Dezernat 5
Beigeordnete Frau Ritschel Dezernat 3
Frau Schulz Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Gleichstellungsstelle
Frau Buddemeier Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Frau Schröder

Frau Kleiner
Herr Wörmann
Herr Markus

Herr Voelzke

Herr Radloff
Herr Richter

Schriftführung
Frau Krumme

Stab Dezernat 3
Stab Dezernat 5
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Arbeit*plus* in Bielefeld GmbH
Agentur für Arbeit

Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des SGA fest. Sie teilt mit, dass TOP 6 abgesetzt wird, da noch keine über die Mitteilung aus der vorherigen Sitzung hinausgehenden Informationen vorliegen. Weitere Änderungen gibt es nicht.

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 49. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 13.01.2009

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Winkelmann merkt an, dass nach seiner Ansicht der SGA den Antrag des Beirates für Behindertenfragen unterstützt habe und sieht den Auftrag an die Verwaltung, die Möglichkeiten für theoriereduzierten Unterricht zu ermitteln, als nicht ausreichend an. Er sehe die Gefahr darin, dass lange Zeit geprüft werde, aber keine entsprechenden Ausbildungsplätze geschaffen würden. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage weist ihn darauf hin, dass der Ausschuss es als fraglich angesehen habe, dass die Schaffung der Ausbildungsplätze bereits im Ausbildungsjahr 2009/2010 umgesetzt werden könnten.

Herr Winkelmann bittet TOP 8, Satz 1 wie folgt zu ändern:

„ Der Sozial- und Gesundheitsausschuss unterstützt den Antrag des Beirates für Behindertenfragen und fordert die Verwaltung auf, theoriereduzierte Ausbildungsplätze bei der Stadt Bielefeld und ihren Töchtergesellschaften zu schaffen“.

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 49. Sitzung des So-

zial- und Gesundheitsausschusses am 13.01.2009 wird, unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderung, nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Informationsveranstaltung für die Eltern 4jähriger Kinder

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf die als Tischvorlage verteilte Mitteilung (**Anlage 1**).

Zu Punkt 2.2 Flyer über Herzinfarkt bei Frauen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Beigeordnete Frau Ritschel informiert über den verteilten Flyer.

Zu Punkt 2.3 Urteil des Bundessozialgerichts zum Sozialgeld für Kinder unter 14 Jahren im SGB II

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Beigeordneter Herr Kähler verweist auf die als Tischvorlage verteilte Medieninformation Nr. 3/09 des Bundessozialgerichts zum Thema: „Vorschrift über die abgesenkte Regelleistung für Kinder unter 14 Jahre ist verfassungswidrig“ (**Anlage 2**). Für eine detaillierte Auseinandersetzung mit dem Thema könne das Dezernat 5 das Urteil des Landessozialgerichts Kassel zur Verfügung stellen.

Zu Punkt 2.4 Quartiersmanagement im Ostmannturmviertel

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Beigeordneter Herr Kähler teilt mit, dass auf Initiative des Sozialdezernates das Baudezernat der Stadt Bielefeld im September 2007 im Rahmen des Stadterneuerungsprogramms 2008 Mittel für die Etablierung und Durchführung eines Quartiersmanagements „Ostmannturmviertel“ beantragt habe. Die Laufzeit betrage 3 Jahre. Mit dem Zuwendungsbescheid der Bezirksregierung Detmold vom Oktober 2008 seien 80 % (384.000 €)

der beantragten Kosten bewilligt worden. Die Maßnahme beginne Mitte 2009 und ende Mitte 2012. Die EU-weite Ausschreibung des Quartiersmanagements werde derzeit vorbereitet.

-.-.-

Zu Punkt 3

Anfragen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 4

Anträge

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 5

Umsetzungen der Reformen am Arbeitsmarkt -Sozialgesetzbuch II (SGB II) und Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) - in Bielefeld - Quartalsberichte-

Zu Punkt 5.1

Sachstand zur Umsetzung des SGB II

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Radloff erläutert den als Tischvorlage verteilten Bericht über die Situation des Arbeitsmarktes und die Aktivitäten der *Arbeitplus* in Bielefeld GmbH (**Anlage 3**). Grundsätzlich sei festzustellen, dass aufgrund der ehrgeizigen Ziele die Umsetzung im Bereich passiver Leistungen nicht so gut gelungen sei wie die im Bereich der Integration. Hier konnte im Ranking ein zweiter Platz erreicht werden. Für die Entwicklung der Arbeitsmarktintegration seit Oktober 2008 sei nicht der Zugang neuer Fälle entscheidend, sondern der minimale Abgang bestehender Fälle. Die Regionalziele haben sich aus dem Lebenslagenbericht des Sozialdezernats ableiten lassen. Neue Instrumente für die Unterstützung von Alleinerziehenden und Familien mit Kindern unter 15 Jahren würden in Zusammenarbeit mit der Universität Bielefeld ermittelt. Für die Prüfung der Nachhaltigkeit der Integration sei ein Zeitraum von zwei Jahren erforderlich. Aufgrund der erhöhten Anzahl von Anträgen für Kurzarbeit könne die Anzahl der „Aufstocker“ im Bereich des SGB II ansteigen. Mit Einführung des § 46 SGB III bestehe nunmehr die Möglichkeit einer individuellen Förderung. Zur praktischen Umsetzung würden derzeit Leitlinien für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erarbeitet. Für besondere Zielgruppen, die mit den bisherigen Förderinstrumenten nicht erreicht werden konnten, biete § 16 f SGB II die Möglichkeit der flexibleren Förderung einzelner Personen und Gruppen. Nach derzeitiger Einschätzung könne eine größere Flexibilität erreicht werden, für eine weitergehende Bewertung sei es

noch zu früh. Die Agentur habe sich für 2009 vorgenommen 70 % weniger Weisungen zu erteilen. Der Vergleich der Zielerreichung bei Passivleistungen und der Integrationen verdeutliche, dass ein großer Erfolg bei der Integration nicht automatisch Einsparungen passiver Leistungen nach sich zöge. In diesem Zusammenhang verwies er auf die Tatsache, dass 80 % des Personenkreises keine verwertbare Qualifikation vorweisen könne. Auf Nachfrage von Frau Cascante-Maristany führt Herr Radloff aus, dass eine Differenzierung dieses Personenkreises nach Deutschen und Migranten im Datenbestand nicht ablesbar sei. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bemängelt, dass dadurch nicht erkennbar sei, welche Maßnahmen für welche Personengruppe erfolgreich einsetzbar wären.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage fragt nach, wie Arbeitplus in Bezug auf ihre Maßnahmen mit der veränderten wirtschaftlichen Situation und dem Anstieg der Arbeitslosenzahlen umgehe und ob es eine angepasste Maßnahmenplanung gebe, die auf mehr langfristige Qualifikation setze als auf schnelle Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Herr Radloff führt aus, dass in der derzeitigen Wirtschaftssituation die Qualifikation im Vordergrund stehe, damit im Aufschwung genügend Facharbeiter für eine Vermittlung zur Verfügung stehen. Für 2010 könne er nur über 60 % der bisherigen Verpflichtungsermächtigungen verfügen, so dass derzeit nur kurzfristige Maßnahmen geplant werden können. Im Rahmen des Konjunkturpaketes II würden über den Eingliederungstitel hinaus noch weitere Zuschüsse erwartet. Präventive Maßnahmen für Nichtleistungsbezieherinnen und –bezieher können von der Arbeitplus GmbH in Bielefeld nicht finanziert werden. Herr Radloff nimmt auf Fragen von Beigeordneten Herrn Kähler zur Entwicklung der Fallquote im Bereich der aktiven Leistungen Stellung. Er erläutert die veränderten Quotenfestlegungen für die Bereiche aktive und passive Leistungen und ihre Bedeutung für Bielefeld. Dabei zieht er den Schluss, dass davon auszugehen ist, dass aufgrund der örtlichen Gegebenheiten in Bielefeld nicht mit einer Verbesserung der tatsächlichen Bearbeitungsquote zu rechnen sei.

Auf Nachfragen von Herrn Garbrecht führt Beigeordneter Herr Kähler aus, dass derzeit Richtlinienänderungen bei den Kosten der Unterkunft erarbeitet würden. Im Rahmen der aktiven Beschäftigungsförderung von Menschen ohne Ausbildungsplatz bzw. nach der Ausbildung seien Gespräche mit REGEmbH und Arbeitplus in Bielefeld GmbH vereinbart. Über den aktuellen Stand im Projekt „Jib & Job“ sei eine Berichterstattung von Herrn Siegeroth in der nächsten Sitzung geplant. Um eine zusätzliche Förderung von sozialen Beschäftigungsverhältnissen zu ermöglichen, müsse die Verwendung des Eingliederungstitels, unter Berücksichtigung der geänderten Verhältnisse am Arbeitsmarkt, überprüft werden.

Herr Richter teilt mit, dass die Agentur für Arbeit zur Bewältigung der angespannten wirtschaftlichen Situation im Rahmen eines „runden Tisches“ vereinbart habe, dass die Betriebe zunächst Kurzarbeit anmelden und keine Beschäftigten entlassen. Mit den Mitteln aus dem Konjunkturpakt solle die Zeit der Kurzarbeit für Qualifizierungsmaßnahmen genutzt werden. 30 % der Fördermittel würden für die berufliche Weiterbildung von Nichtleistungsempfänger verwendet. Darüber hinaus seien die Gelder für die Gewährung von Kurzarbeitergeld aufgestockt worden. Im Rahmen neuer gesetzlicher Möglichkeiten werde an drei Bielefelder Schulen eine Berufseinstiegsbegleitung finanziert. Es seien 20 Schüler ausgewählt

worden, die noch eine besondere Betreuung benötigen. Damit werde versucht, die Ausbildungsquote 2008 auch in 2009 zu erreichen. Mit einer Nachvermittlungsaktion ab Februar werde beabsichtigt, unversorgten Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu vermitteln.

Auf Wunsch von Frau Dr. Ober sagt Herr Radloff eine Aufstellung durch Klageerhebung erledigter Widersprüche zu **(Anlage 4)**.

Zu Punkt 5.2

**Umsetzung der Reformen am Arbeitsmarkt
SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende), SGB III (Arbeitsförderung), SGB XII (Sozialhilfe)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6429/2004-2009

Der Inhalt der Informationsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 6

Erstellung ärztlicher Zeugnisse nach § 14 PsychKG NRW

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

abgesetzt

Zu Punkt 7

**Konzept "Behindertengerechtes Bielefeld"
Kommunale Handlungs- und Maßnahmenfelder, 2. Lesung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2009/5286

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage ruft den Tagesordnungspunkt auf. Herr Garbrecht stellt für seine Fraktion klar, dass sie den vorgelegten Konzepten nunmehr ihre Zustimmung gebe obwohl sie sich gewünscht hätten, dass sich die drei Konzepte unter einem gemeinsamen Dach den demografischen Herausforderungen stellen würden. Frau Gemkow stimmt den Konzepten zu, möchte aber wissen, welche Maßnahmen mit welcher Zielsetzung in welchen Zeiträumen entwickelt würden. Frau Dr. Ober begrüßt die Konzepte für die unterschiedlichen Zielgruppen, weil jede Zielgruppe eigene Forderungen habe. Bei künftigen Vorlagen sollen konkrete Maßnahmen und die Schnittstellen sowie die dezernatsübergreifende Zusammenarbeit dargestellt werden. Frau Cascante-Maristany schließt sich den Vorrednern an und begrüßt ausdrücklich, dass künftig über konkrete Maßnahmen zu entscheiden sei.

Herr Adams verweist auf das als Tischvorlage verteilte Schreiben der Selbsthilfe-Kontaktstelle an Beigeordneten Herrn Kähler **(Anlage 5)** und bittet, bei der Entwicklung von Maßnahmen die Selbsthilfe-Kontaktstelle als zentrale Stelle zu allen Fragen der Selbsthilfe mit einzubeziehen. Die

Verwaltung wird beauftragt die Vorschläge in die Umsetzung des Konzeptes aufzunehmen.

Herr Heuer informiert über die Beschlussfassung des Beirates für Behindertenfragen. Ergänzend empfehle der Beirat die Umbenennung des Konzeptes in „Behindertenfreundliches Bielefeld“. Nach Beiträgen von Frau Huber, Vorsitzender Frau Rathsmann-Kronshage, Herrn Garbrecht, Frau Kammeier, Herrn Dr. Zillies und Herrn Adams fasst Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage die Erwartungen des Ausschusses dahingehend zusammen, dass die Umsetzung des Konzeptes dezernatsübergreifend, maßnahmeorientiert unter Berücksichtigung vorhandener Schnittstellen aller drei Konzepte erfolgen sollte.

Beigeordneter Herr Kähler führt aus, dass eine jährliche Berichterstattung im Zusammenhang mit dem Lebenslagenbericht angestrebt werde. Darüber hinaus weist er auf die Überlegungen zur Umsetzung einer wirkungsorientierten Steuerung interner und extern erbrachter Leistungen hin. Die Ergebnisse sollen in die Fortsetzung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen ab 2010 einfließen. Herr Garbrecht begrüßt, dass nicht nur die Angebote Freier Träger, sondern auch die städtisch erbrachten Leistungen einer wirkungsorientierten Steuerung unterzogen würden. Herr Dr. Zillies zeigt sich erfreut darüber, dass im Zuge der Umsetzung aller drei Konzepte auch die Erkenntnisse des Lebenslagenberichts einbezogen werden sollen und in konkrete Umsetzungsmaßnahmen münden.

Beschluss:

- 1. Sozial- und Gesundheitsausschuss und Rat beauftragen das Dezernat 5, auf der Grundlage der Bielefelder Perspektiven 2009 und des vorliegenden Konzeptes „Behindertengerechtes Bielefeld“ (Drucksachen-Nr. 3632), die unterschiedlichen Bausteine in Kooperation mit den anderen intern und extern beteiligten Akteuren umzusetzen.**

Soweit einzelne Maßnahmen noch nicht mit finanziellen Mitteln hinterlegt sind, sind von der Verwaltung bei der Umsetzung frühzeitig die Maßnahmenfolge sowie ein möglicher Finanzierungsvorschlag vorzustellen.

Das Dezernat 5 berichtet in regelmäßigen Abständen in den zuständigen kommunalen Gremien über die konkreten Umsetzungsschritte und -ergebnisse.

- 2. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat die Umbenennung des Konzeptes in „Behindertenfreundliches Bielefeld“.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

**Konzept "Seniorenfreundliches Bielefeld"
Kommunale Handlungs- und Maßnahmenfelder, 2. Lesung**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6060/2004-2009

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es ergibt sich kein weiterer Diskussionsbedarf. Sie fasst die Forderungen des Ausschusses dahingehend zusammen, dass die Umsetzung wie beim „Behindertenfreundlichen Bielefeld“ maßnahmeorientiert, dezernatsübergreifend unter Berücksichtigung vorhandener Schnittstellen erfolgen solle.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beauftragt das Dezernat 5, auf der Grundlage der Bielefelder Perspektiven 2009 die unterschiedlichen Bausteine des Konzeptes „Seniorenfreundliches Bielefeld“ in Kooperation mit den anderen intern und extern beteiligten Akteuren umzusetzen.

Soweit einzelne Maßnahmen noch nicht mit finanziellen Mitteln hinterlegt sind, sind von der Verwaltung bei der Umsetzung frühzeitig die Maßnahmenfolge sowie ein möglicher Finanzierungsvorschlag vorzustellen.

Das Dezernat 5 berichtet in regelmäßigen Abständen in den zuständigen kommunalen Gremien über die konkreten Umsetzungsschritte und -ergebnisse.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Umsetzung des Rahmenkonzeptes "Seniorenarbeit in der Stadt Bielefeld", hier: Sozialräumliche Verteilung, 3. LesungBeratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6089/2004-2009

Der Tagesordnungspunkt wird von Vorsitzender Frau Rathsmann-Kronshage aufgerufen. Frau Schulz stellt auf Nachfrage klar, dass das Rahmenkonzept ausschließlich städtisch geförderte Angebote umfasse. Die Verwaltung wird aufgefordert, eine stadtteilbezogene Übersicht weiterer Angebote, beispielsweise der Wohnungswirtschaft und kirchlicher Träger, nachzureichen.

Beschluss:

Der Vorschlag für die sozialräumliche Verteilung der Begegnungs- und Servicezentren wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die bestehenden Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen an die definierten Ziele, Funktionen und die vereinbarten Sozialräume und Zuständigkeiten anzupassen. Ab 2009 ist zu dokumentieren, welche Maßnahmen und Veränderungen von Seiten der zuständigen Träger in den Sozialräumen initi-

iert worden sind.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10 Haushaltsplanberatungen 2009, 2. Lesung

Zu Punkt 10.1 Haushaltsplan 2009 für den Stab des Dezernates 5 - 095 -

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6281/2004-2009

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage ruft den Tagesordnungspunkt auf. Herr Garbrecht erklärt für die SPD-Fraktion, dass sie sich der fachlichen Verantwortung im SGA bewusst seien und deshalb an der Abstimmung zu den Haushaltsvorlagen teilnehmen würden. An der grundsätzlichen Abstimmungshaltung zum Gesamthaushaltsplan werde sich nichts ändern.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2009 für den Stab des Dezernates 5 - 095- mit den Plandaten für die Jahre 2009 bis 2012 wie folgt zu beschließen:

1. Den Zielen und Kennzahlen

der Produktgruppen 11.01.22, 11.05.05 und 11.05.06 wird zugestimmt.

Den Teilergebnisplänen der

- Produktgruppe 11.01.22 (im Jahre 2009 mit ordentlichen Erträgen i. H. v. 0 € und ordentlichen Aufwendungen i. H. v. 635.179,85 €)**
- Produktgruppe 11.05.05 (im Jahre 2009 mit ordentlichen Erträgen i. H. v. 0 € und ordentlichen Aufwendungen i. H. v. 13.041,24 €)**
- Produktgruppe 11.05.06 (im Jahre 2009 mit ordentlichen Erträgen i. H. v. 0 € und ordentlichen Aufwendungen i. H. v. 13.041,24 €)**

wird zugestimmt.

2. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.01.22, 11.05.05 und 11.05.06 für den Haushaltsplan 2009 wird zugestimmt.

3. Den allgemeinen Bewirtschaftungsregeln für den Haushaltsplan 2009 wird zugestimmt (Haushaltsplan Band I, Seiten 22 – 25).

4. Den Veränderungen zu den Kennzahlen der Produktgruppe

11.05.05 –Arbeitplus in Bielefeld GmbH- wird zugestimmt.

5. Dem Stellenplan 2009 für den Stab des Dezernates 5 – 095 – wird zugestimmt,

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10.2

Haushaltsplan 2009 für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt - Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6271/2004-2009

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage ruft den Tagesordnungspunkt auf. Fragen von Herrn Dr. Zillies werden von Frau Schulz beantwortet.

Frau Huber verweist auf die Beschlussfassung des Seniorenrates zum Teilergebnisplan der Produktgruppe 11.01.66. Nach Ansicht des Seniorenrates könne die Zuordnung der Kosten auf die einzelnen politischen Gremien nicht stimmen. Beigeordneter Herr Kähler erläutert, dass genauen Werte im Rahmen der Kosten-Leistungs-Rechnung in 2009 ermittelt und im folgenden Haushalt entsprechend angepasst würden.

Im Namen der CDU-Fraktion ruft Frau Osthus die Anträge zu c1) und c3) auf. Sie werden von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der BfB-Fraktion ebenfalls unterstützt.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst dann folgende

Beschlüsse:

a) Veränderungsliste 1: Veränderungen der Verwaltung zum Haushaltsplanentwurf 2009 (Ergebnisplan) und Finanzplan 2009:

Der SGA stimmt den Veränderungen zu.

-einstimmig beschlossen-

b) Veränderungsliste 2 vom 12.12.2008: lfd. Nr. 1 (Schuldnerhilfe Bielefeld e.V. und kath. Verein für Soziale Dienste e. V.):

Der SGA stimmt den Weiterbewilligungen der städt. Zuschüsse jeweils in Höhe von 24.500 € zu. Die Haushaltsmittel wurden im Haushaltsplanentwurf 2009 bereits veranschlagt. Für die Jahre 2010 bis 2012 sind entsprechende Haushaltsmittel in der Planung zu berücksichtigen.

-einstimmig beschlossen-

Der SGA stimmt den Erhöhungen der städt. Zuschüsse aufgrund von Tarif- und Energiekostensteigerung nicht zu.

-mehrheitlich beschlossen-

c) Veränderungsliste 2 vom 12.02.2008 lfd. Nr. 2 (Zuschüsse an Frauenprojekte):

c1) Verein Psychologische Frauenberatung e. V.:

Der SGA stimmt dem beantragten Zuschuss in Höhe von 20.000 € zu. Im Haushaltsplanentwurf 2009 sind bereits 10.000 € veranschlagt worden. Für die Jahre 2010 bis 2012 sind entsprechende Haushaltsmittel in der Planung zu berücksichtigen.

- mehrheitlich beschlossen-

c2) mann-o-mann männerberatung im VSGB e.V.:

Der eingereichte Antrag wurde von keiner Fraktion unterstützt und somit nicht beraten.

c3) Verein Frauennotruf:

Der SGA stimmt dem beantragten Zuschuss in Höhe von 10.625 € zu.

-mehrheitlich beschlossen-

d) Veränderungen zum Stellenplan 2009 für das Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-:

Der SGA stimmt dem Stellenplan zu.

-einstimmig beschlossen-

e) Veränderung bei der Kennzahl zur Produktgruppe 050103:

Der SGA stimmt der Veränderung zu.

-einstimmig beschlossen-

f) Veränderungen zu den Inhalten und den Produktgruppenübersichten der Produktgruppen 11.01.66 und 11.05.01:

Der SGA stimmt den Veränderungen zu.

-einstimmig beschlossen-

Anschließend bittet Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage den SGA um den Beschluss über die Gesamtvorlage.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan mit den Plandaten für die Jahre 2009 bis 2012 wie folgt zu beschließen:

1. Den Zielen und Kennzahlen

der Produktgruppen 11.01.66, 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird zugestimmt, soweit im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst worden sind.

2. Den Teilergebnisplänen der

- Produktgruppe 11.01.66 (im Jahre 2009 mit ordentlichen Erträgen i. H. v. 34 € und ordentlichen Aufwendungen i. H. v. 136.565 €)

- Produktgruppe 11.05.01 (im Jahre 2009 mit ordentlichen Erträgen i. H. v. 34.756.375 € und ordentlichen Aufwendungen i. H. v. 100.554.865 €)

- Produktgruppe 11.05.02 (im Jahre 2009 mit ordentlichen Erträgen i. H. v. 6.589.208 € und ordentlichen Aufwendungen i. H. v. 32.554.865 €)

- Produktgruppe 11.05.03 (im Jahre 2009 mit ordentlichen Erträgen i. H. v. 7.116.860 € und ordentlichen Aufwendungen i. H. v. 49.239.340 €)

wird zugestimmt, soweit im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst worden sind.

3. Den Teilfinanzplänen der

- Produktgruppe 11.05.02 (im Jahre mit investiven Einzahlungen i. H. v. 0 € und investiven Auszahlungen i. H. v. 3.650 €)

- Produktgruppe 11.05.03 (im Jahre 2009 mit investiven Einzahlungen i. H. v. 0 € und investiven Auszahlungen i. H. v. 6.000 €)

wird zugestimmt, soweit im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst worden sind.

4. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.01.66, 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 für den Haushalts-

plan 2009 wird zugestimmt, soweit im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst worden sind.

5. Den allgemeinen Bewirtschaftungsregeln für den Haushaltsplan 2009 wird zugestimmt (Haushaltsplan Band I, Seiten 22 – 25).
6. Dem Stellenplan 2009 für das Amt für soziale Leistungen – Sozialamt- wird zugestimmt, soweit im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst worden sind.
7. Den Veränderungen zu den Inhalten und zur Produktgruppenübersicht der Produktgruppe 11.01.66 und 11.05.01 wird zugestimmt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10.3

Haushaltsplan 2009 ff; Veränderungsliste zur Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzepts

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6323/2004-2009

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt als Ergänzung zum Haushaltsplanentwurf 2009 die mit allen Dezernaten abgestimmten Maßnahmen der beigefügten Liste zur Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzeptes zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld die sich aus den Maßnahmen der lfd. Nr. 17 – 19 ergebenden Veränderungen zum Gesamtergebnisplan 2009 – 2012 zu beschließen.

Die vom Sozial- und Gesundheitsausschuss zu beschließenden konkreten Maßnahmen sind im Teil 2 der Beschlussvorlage erläutert.

Die Verwaltung berichtet dem Sozial- und Gesundheitsausschuss zeitnah über die Umsetzung.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10.4

Beratung des Haushaltsplanes 2009 mit den Plandaten für die Jahre 2009- 2012 und des Stellenplanes 2009

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6307/2004-2009

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Finanz- und Personalausschuss und dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushalts-

plan 2009 mit den Plandaten für die Jahre 2009 bis 2012 unter Berücksichtigung der Veränderungsliste (Anlage 2) wie folgt zu beschließen:

1. Den Zielen und Kennzahlen der

Produktgruppe 11.02.03 – Lebensmittel-, Schadstoffüberwachung
 Produktgruppe 11.02.04 - Veterinärwesen/Artenschutz
 Produktgruppe 11.02.05 - Fleischhygiene
 Produktgruppe 11.07.01 - Gesundheitsförderung
 Produktgruppe 11.07.02 - Gutachten und Stellungnahmen
 Produktgruppe 11.07.03 - Gesundheitshilfe
 Produktgruppe 11.07.04 - Gesundheits- und Infektionsschutz

wird zugestimmt.

Die Änderungen aus der Veränderungsliste können zu geringfügigen budgetneutralen Verschiebungen zwischen einzelnen Produktgruppen im Teilergebnisplan bei den ordentlichen Erträgen und ordentlichen Aufwendungen führen.

Dem Teilergebnisplan der

<u>Produktgruppe</u>	<u>Erträge</u>	<u>Aufwendungen</u>
Produktgruppe 11.02.03	19.567,-	1.311.058,-
Produktgruppe 11.02.04	18.707,-	261.205,-
Produktgruppe 11.02.05	73.413,-	134.431,-
Produktgruppe 11.07.01	70.840,-	1.276.487,-
Produktgruppe 11.07.02	148.656,-	724.018,-
Produktgruppe 11.07.03	0,-	497.650,-
Produktgruppe 11.07.04	641.103,-	1.099.261,-

mit ordentlichen Erträgen und ordentlichen Aufwendungen wird zugestimmt.

3. Dem Teilfinanzplan A der

<u>Produktgruppe</u>	<u>invest. Einzahlungen</u>	<u>invest. Auszahlungen</u>	<u>VE</u>
Produktgruppe 11.02.03	0,-	200,-	0,-
Produktgruppe 11.02.04	0,-	140,-	0,-
Produktgruppe 11.02.05	0,-	0,-	0,-
Produktgruppe 11.07.01	0,-	6.345,-	0,-

11.07.02	0,-	115,-	0,-
Produktgruppe			
11.07.03	0,-	115,-	0,-
Produktgruppe			
11.07.04	0,-	1.730,-	0,-

wird zugestimmt.

4. Den allgemeinen Bewirtschaftungsregeln für den Haushaltsplan 2009 wird zugestimmt. (Haushaltsplan Band I Seiten 22 - 25). Spezielle Bewirtschaftungsregeln ergeben sich bei den Produktgruppen 11.02.05, 11.07.01, 11.07.04.
5. Dem Stellenplan 2009 (Anlage 3) für das Amt 530 Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 11

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen
- Bericht der Verwaltung zum Sachstand -
Beratungsgrundlage:
 Drucksachenummer:

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

 Rathsmann-Kronshage
 (Vorsitzende)

 Krumme
 (Schriftführerin)